

Der Gewerksverein

Centralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die
 Post bezogen und abholen vom Postamt 0,65 RM;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Bfg. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände
 vom
Centralrat der Deutschen Gewerksvereine
 (Hilfs-Bundes-)
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Seite:
 Geschäftsamt, 25 Bf., Familienamt, 15 Bf.
 Vereinsamt, 10 Bf., Arbeitsmarkt gratis.
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
 Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 51.

Berlin, Sonnabend, 29. Juni 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein Abschieds- und ein Antrittswort. — Die Zusammen-
 setzung der Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Gewerks-
 vereine für das Jahr 1906. — Allgemeine Rundschau.
 — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Ein Abschieds- und ein Antrittswort.

Mit dieser Nummer endet mein Mandat als Redakteur des „Gewerksvereins“. Der 16. ordentliche Verbandstag hat mich zum Vorsitzenden des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine gewählt und die Redaktion dem in der Arbeit für unsere Organisation bereits bewährten Kollegen Renner Lewin übertragen. Mehr als 17 Jahre habe ich den „Gewerksverein“ geschrieben, reichlich ebenso lange wie mein Vorgänger Hugo Kollt, der rund 17 Jahre das Verbandsorgan leitete, das nun in 89. Jahrgang erscheint. Die ersten 5 Jahre wurde unser Blatt von dem Begründer desselben, unserem unbegreiflichen Dr. Max Dirsch, redigiert. In der langen Zeit meiner Tätigkeit als Redakteur des „Gewerksvereins“ habe ich mehr als 15 Jahre an der Seite von Dr. Max Dirsch arbeiten und kämpfen können. Diese Zeit bleibt unverwischbar in meinem Gedächtnis und in meinem Herzen.

Als am 21. März 1890 die erste Nummer unter meiner Redaktion erschien, habe ich die Erklärung abgegeben, daß es mein Bemühen sein werde, das mir entgegengebrachte Vertrauen in echt genossenschaftlichem Geiste zu würdigen und mir der hohen Aufgabe bewußt zu bleiben, daß meine ganze Kraft unter Hinterrücklassung aller Sonderinteressen den Deutschen Gewerksvereinen gehöre. Ich glaube, ohne unbescheiden zu sein, von mir sagen zu dürfen, daß ich dieses friedlich gegebene Wort eingelöst habe. Denn, wo ich auch wirkte, habe ich mich in den Dienst der von den Deutschen Gewerksvereine gefürderten Arbeiterfrage gestellt. Meine persönlichen Interessen traten in den Hintergrund, wenn es galt, durch Wort und Schrift mitzuwirken an der bedeutsamen Aufgabe, die Arbeiterrechte zu verteidigen und sie zu mehren, sei es durch friedliche Mittel oder im Kampfe, um die Arbeiter zur vollen bürgerlichen Gleichberechtigung emporzuführen, auf daß sie in immer höherem Maße teilnehmen an den Gütern der Kultur.

Nicht immer habe ich es Allen recht machen können. Dem möchte dies auch gelingen? Nie aber habe ich aufgehört, mit warmer Begeisterung zu kämpfen für die große Gemeinschaft, die uns im Verbands der Deutschen Gewerksvereine vereinigt hält. Das erschien mir nicht nur als eine Pflicht, es war auch ein Herzensbedürfnis.

Der Abschied aus meinem Amt wird mir erleichtert durch das Bewußtsein, daß ich den „Gewerksverein“, eins der wichtigsten Kampfmittel unserer Organisation, voller Vertrauen in die Hände meines Nachfolgers legen kann.

Zu meiner Wahl als Leiter der Gesamtorganisation sind mir aus allen Ecken des Reichs von Verbandskollegen und Freunden unserer Sache warme Grüße und Glückwünsche zugegangen. Daffir spreche ich allen meinen innigsten Dank aus, wie ich auch an dieser Stelle allen lieben Kollegen ausdrücklich danke, die mit mir im Centralrat und dem Verbandsrat, in den Hauptvereinen und Generalräten, in den

Ausbreitungs- und Ortsverbänden und Ortsvereinen Schulter an Schulter gearbeitet und gekämpft haben. Ich bitte, diese Freundschaft mit in mein neues Amt übernehmen zu dürfen, damit es mir gelinge, die Deutschen Gewerksvereine und ihren Verband, gestützt auf die opferfreudige Mitwirkung aller Gewerksvereiner und ihrer Führer, einer tatensfrohen und fruchtbaren Entwicklung entgegenzuführen.

Der Verbandstag hat alle Kollegen zu einer großen Einheit zusammengeführt. Aus dieser Einheit im Willen und Wirken schöpft die Gesamtorganisation die belebenden Kräfte zu einer mächtvollen Entfaltung und Verwirklichung der Ideen unseres vereinigten Reiches. Kopf und Hand, Herz und Gemüt wollen sich rühren, um den Deutschen Gewerksvereinen in der Arbeiterbewegung den ihnen gebührenden Platz zu erringen. In treuer Bundesgenossenschaft wollen wir mit vermehrter Energie die Arbeit aufnehmen für die Ausbreitung unserer Organisation.

Möge sich ein erfrischender Strom der Begeisterung über die deutsche Arbeiterschaft ergießen, der sie treibe zu der Erkenntnis, daß allein auf dem Boden einer freien, starken, unabhängigen Organisation ihre Sache von Sieg zu Sieg geführt werden kann. Dann wird bald der Tag kommen, an dem die Gesamtheit der deutschen Arbeiter deutlich denkt und handelt, auf daß mit der geistigen und wirtschaftlichen Emporhebung der Arbeiter auch das gesamte deutsche Volk seine Kraft und Größe fruchtbar mehr zum unversehrlichen Ruhme des deutschen Vaterlandes.

Karl Goldschmidt,
 Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Gewerksvereine für das Jahr 1906,

wie sie die große Tabelle zeigt, bringt uns ein ebenso reiches wie interessantes Zahlenmaterial. Die wichtigsten Posten ergeben die Ausgaben an Arbeitslosen-Unterstützung, für Streiks und Aussperrungen und für die Unterhaltungen an Reise- und Umzugsgeld. Hierfür sind im ganzen 648 886,09 RM. ausgegeben worden. Rechnet man noch hinzu die vom Verbands geleistete Unterstützung

bei Streiks und Aussperrungen, dann wird die in unserem Tätigkeitsbericht angegebene Summe von ca. 700 000 RM., die das Jahr 1906 den Gewerksvereinen an Unterhaltungen bei Arbeitslosigkeit, Streiks und Aussperrungen gekostet hat, erreicht.

Etwa schon das Jahr 1905 im Zeichen der Arbeitskämpfe, so ist das noch mehr der Fall gewesen im Jahre 1906. Die einzelnen Jahresberichte der vom Verbands angegliederten Gewerksvereine geben darüber ein klares Bild, das sich in unserer Zusammenstellung der Endziffern widerspiegelt. Die Ausgaben des Jahres 1906 sind noch erheblich gestiegen gegenüber dem Jahre 1905.

Die Gesamtausgabe von 1905 betrug 1 220 178,27 RM., während sie im Jahre 1906 auf 1 400 131,85 RM. stieg. Das ist ein Mehr von 179 953,58 RM.

Im Jahre 1906 betrug die Gesamteinnahme 1 404 027,28 RM. Es verblieb ein Ueberschuß von 60 875,33 RM. Nicht eingerechnet in die Ausgaben sind die beträchtlichen Summen, die von den Lokalfonds der einzelnen Ortsvereine an die nichtbegünstigten Mitglieder geleistet wurden.

An Rechtschutz wurden 15 983,31 RM. (14 700,33 RM. 1905) verausgabt. Hierzu gehören nicht die vom Verbands geleistete Rechtschutzleistungen, insbesondere durch die kostenlose Vertretung unfallverletzter Mitglieder vor dem Reichsversicherungsamt.

Für Bildungszwecke wurden 14 550,59 Mark (17 344,66 RM. 1905) verausgabt. In dieser Summe sind nicht eingerechnet die Ausgaben der Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter und der Tischler, welche die Mittel zu Bildungszwecken aus den Lokalfonds befreiten.

Die Ausgaben für die von den einzelnen Gewerksvereinen herausgegebenen Zeitungen beliefen sich im Berichtsjahre auf 134 521 RM., dazu kommen noch die Kosten des Verbandsorgans „Der Gewerksverein“ mit 35 600 RM., so daß 170 121 RM. für die Gewerksvereinspresse aufgebracht wurden.

Die Vertretung der Gewerksvereine bei den zahlreichen wirtschaftlichen Kämpfen und die Agitation verurachte eine Ausgabe in Höhe 171 704,15 RM. (gegen 102 898,58 RM. im Vorjahr).

Das Gesamtvermögen der Gewerksvereine und des Verbandes betrug Ende letzten Jahres 3 626 082,24 RM. gegen 3 497 069,28 RM., es wuchs also um 129 011,96 RM.

Wir bitten die Hauptziffern sich einprägen zu wollen, da sie für die Agitation wirksam zu bewerten sind.
 R. K.

Vermögensbestand der Deutschen Gewerksvereine und ihres Verbandes am 31. Dezember 1906.

	Gewerksvereins- klasse	Stamken- und Begrübnis-lasse		Begrübnis- lasse		Gesamt- Vermögen			
		⊘	⊙	⊘	⊙	⊘	⊙		
1	Maschinenbau- und Metallarbeiter	484 942	76	528 932	30	688 529	16	1 007 474	22
2	Raufleute	229 091	06	67 770	89	—	—	297 491	26
3	Fabrik- und Handarbeiter	223 630	50	267 691	78	52 058	42	543 890	71
4	Tischler	38 010	08	88 000	26	79 178	78	205 787	07
5	Eisen-/Leinwandarbeiter	38 177	86	44 387	72	—	—	82 565	68
6	Schuhmacher und Lederarbeiter	21 316	12	115 096	63	—	—	136 352	76
7	Schneider	82 807	35	185 773	46	—	—	218 590	61
8	Bligarbeiter	15 929	28	6 314	84	—	—	22 248	08
9	Blanz- und Tabakarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—
10	Chemische Berufe	18 928	37	58 946	00	—	—	77 874	46
11	Läger- und Ziegler	38 248	36	38 692	34	33 361	28	100 901	98
12	Bauhandwerker	9 693	84	—	—	514	16	10 108	—
13	Frauen und Mädchen	781	15	—	—	—	—	781	15
14	Bildbauer	4 851	39	7 651	96	—	—	12 508	35
15	Schiffszimmerer	2 756	29	1 724	50	1 410	27	5 891	15
16	Rondistoren	1 271	40	1 018	63	—	—	2 290	09
17	D. B. der Steuer-Berlin	27 540	06	12 984	06	—	—	40 524	71
18	D. B. der Kreisfahrer-Danzig	163	39	1 705	65	—	—	1 929	04
19	Verbands- und Organisations-Berufsvereine	84 775	23	—	—	—	—	84 775	23
20	Frauen-Begrübnis-lasse	—	—	—	—	85 266	37	85 266	37
		1 318 415	16	1 372 350	64	985 316	44	3 626 082	24

Streit schafft, wie er auch anzusehen mag, eine Verschärfung dieses Verhältnis.

Darin liegt aber ein noch viel schlimmerer Schaden als in der augenblicklichen Not, die der Streit zwischen beiden Seiten über die Arbeiter herausgeschüttelt. Denn diese wird bald beiläufig werden, weil sie die Arbeiter in ungenügender Zeit zwingen wird, die Forderungen zu erfüllen. Der unüberlegte Widerstand aber und die Schlägung, die das unbesonnenste Vorgehen der Sozialdemokratie den Arbeitgebern zugefügt hat, wird seine Folgen auf das Verhältnis zwischen beiden auf einander angewiesenen Seiten der deutschen Gewerbetätigkeit noch lange auswirken zum Nachteil der im Entstehen der Sozialdemokratie befindlichen Arbeiter.

Aufgabe jedes Sozialpolitikers muß es daher sein, Unternehmer wie Arbeiter zu dem Verständnis der Aufgabe zu erziehen, daß beide eine gemeinsame Pflicht zu erfüllen haben. Wenn der Unternehmer und der Arbeiter jeder für sich großartig sagt, aber nicht für den anderen, so ist das die schlimmste Auffassung der beruflichen Tätigkeit beider, die sie heute trägt. Beide Teile müssen sich bewußt werden, daß sie lebendige Glieder der gesamten deutschen Volkswirtschaft sind, und daß ihre Arbeit nicht nur ihnen beiden und nicht nur einem von ihnen zugute kommt, sondern daß sie der Gesamtheit unserer Volks- zum Wohle gereichen soll. Sobald Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihre Arbeit von diesem allgemeinen volkswirtschaftlichen, nicht lediglich vom privatwirtschaftlichen Standpunkt ausgehen gelernt haben werden, wird es ihnen leichter sein, sich über die gegenseitigen Bedürfnisse zu einigen und übereinstimmend für beide Teile schädliche Streitigkeiten und Anfeindungen zu vermeiden.

Und der Arbeiter muß zum Bewußtsein erlangen und seine freie Meinung nicht gewaltsam unterdrückt, dann werden jene "Weiden" noch rechtzeitig der organisierten Arbeiterschaft wieder zur Verfügung sein.

Es ist sehr zweckmäßig, wenn die Arbeiterschaft auch solche Meinungen hört und darüber nachdenkt. Ruhiges Denken und Ueberlegen ist nun einmal nicht zu entbehren, am wenigsten aber in der Arbeiterbewegung.

Die Ringelglieder der Schaffner der Straßenbahn und des Omnibus haben das Reichs-Versicherungsamt neuerdings wiederholt beschuldigt. Es stand in Frage, so berichtet der "B. Börsen-Courier", ob diese Einnahmen auf den Jahresscheidungsberdienst angerechnet sind. In einer Entscheidung, die einen Schaffner der Großen Berliner Straßenbahn betraf, wurde die Anrechnungsfähigkeit verneint. Angerechnet ist nach dem Gesetz der Lohn oder Gehalt. Als solcher gelten nun zwar auch Kantien, Naturalbezüge und sonstige Vorteile, die den Versicherten, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, gewährt werden und ganz oder teilweise an die Stelle des Gehalts oder Lohnes treten. Wenn nun Ringelglieder angerechnet werden sollen, so müssen sie mindestens gewohnheitsmäßig gewährt werden und ganz oder teilweise an die Stelle des Gehalts oder Lohnes treten. Es wurde nun zwar als gerichtlich festgestellt betrachtet, daß das Ringelgeld zum Teil in Berlin an die Stelle des Lohnes tritt, dagegen wurde die Frage verneint, ob die Ringelglieder teilweise an die Stelle des Gehalts treten. Um dies anzuerkennen, ist es zwar nicht nötig, daß in dem Dienstvertrag auf die Ringelglieder ausdrücklich Bezug genommen wurde, immerhin aber muß ein hinlänglich eindeutige Berücksichtigung dieser Einnahmen bei der Festsetzung des Gehalts erfolgt sein. Dies wird aber vom Reichs-Versicherungsamt in einer längeren Begründung ausdrücklich verneint. Das Reichsamt ist auch nicht der Ansicht, daß das Gehalt der Schaffner wegen der Ringelglieder geringer als das der Fahrer sei. Dasselbe Entschieden wurde in einem Falle von Schaffnern der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft in Hamburg getroffen. Dagegen hat das Amt die Ringelglieder der Schaffner der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn für die Zeit vor der am 9. März 1908 erfolgten einheitlichen Einführung des Jahresscheidungs-Lohns auf den Jahresscheidungsberdienst angerechnet. Es wurde dabei als erwiesen angesehen, daß die Delegierten der Schaffner 1900 von der Gesellschaft auf ihre hohen Ringelglieder-Einnahmen hingewiesen seien. Die Anrechnungsfähigkeit der Ringelglieder der Berliner Omnibus-Schaffner ist hingegen wiederum verneint worden.

Schwarzwald-Ausstellung zu Frankfurt a. M.
Vor einigen Tagen fand hier unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrat Bürgermeisters a. D. Dr. Barrentrapp eine Sitzung des Hauptausschusses der Heimarbeit-Ausstellung statt. Es wurden verschiedene geschäftliche Angelegenheiten, namentlich die Anstellung des Finanzplaners, erledigt. Die Gesamtkosten des Unternehmens wurden auf Mk. 62 000 veranschlagt; auf die wissenschaftlichen Arbeiten entfallen hiervon Mk. 32 000. Ein Einnahmen stehen den Ausgaben bis jetzt nur ein fester Beitrag des Hofrats und der Politischen Gesellschaft von je Mk. 500 und ein fester Beitrag der Frankfurter Stadtverwaltung von Mk. 15 000 gegenüber. Man beschloß sich auch an auswärtige Stadtverwaltungen zu wenden, um sie ebenfalls zu festen Beiträgen zu bewegen. Die in Betracht kommenden auswärtigen Städte haben an dem Zuständigkeitsbereich der Ausstellung das gleiche soziale Interesse wie Frankfurt, da auch die in ihren Bezirken vorkommenden Heimindustrien Gegenstand der Unter-

suchungen bilden. Für den Rest der ungedeckten Ausgaben ist ein Garantiefonds eingerichtet worden. Ueber den Stand der sehr umfangreichen wissenschaftlichen Arbeiten erstattete der Vorsitzende des wissenschaftlichen Ausschusses, Prof. Krudt, einen eingehenden Bericht. Es sind ungefähr 50 Sonderausgänge zur Untersuchung der einzelnen Zweige der Heimarbeit im Bezirk der Ausstellung gebildet worden. Viele freiwillige Hilfskräfte aus Unternehmer- und Arbeiterkreisen haben sich zur Verfügung gestellt. Im Interesse der Gründlichkeit der Untersuchungen, die ein möglichst vollständiges Bild der Heimindustrie des Bezirks geben sollen, wurde die Verschickung der Ausstellung vom Herbst d. J. auf das Frühjahr 1908 beschlossen. Die hygienischen Verhältnisse der Heimindustrie sollen Gegenstand genauerer Untersuchungen bilden; ein hauptsächliches aus dem Besonderen besonderer hygienischer Ausschuss wird diese Arbeiten organisieren. Es ist fernerlich, daß das Ausstellungskomitee in den sozial bedenkenden Kreisen der Bevölkerung die richtige Unterstützung findet.

Eine Beschäftigung der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen veranlaßte am diesem Sonntag der Berliner Distriktklub. Seine Mitglieder, sowie Verbandsgenossen und -Genossinnen, die sich daran beteiligen wollen, auch wenn sie dem Klub nicht angehören, treffen sich pünktlich um 2 Uhr vor dem Ausstellungsgelände in Charlottenburg, Frauhoferstr. 11/12. Der Besuch dieser Ausstellung kann nur aus dringenden Empfehlungen werden.

Gewerbeverein - Teil

Berlin. Der Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter III unterwarf am Sonntag, 28. Juni, mittags 11 Uhr, eine Besichtigung des Reichstagsgebäudes. Die Besichtigung war sehr zahlreich. Herr Reichstagsabgeordneter Stadtrat Fischer hatte es in liebenswürdiger Weise übernommen, uns beim Rundgange durch das ebenso große wie prächtige Gebäude zu begleiten, was den Besuch recht interessant und lehrreich machte. Fern Abgeordneter Fischer sprachen wir dafür unseren herzlichsten Dank aus.

Öffentlich. Der Ortsverband richtete am 12. Juni d. J. eine Eingabe an den Rat und die Stadterverordneten der Stadt, beauftragt Einführung der Verhältniswahl bei den Gewerbegerichtsahlen. Zu der am 30. Juni d. J. stattgefundenen Stadterverordnetenversammlung wurde einstimmig ein Antrag des Reichsausschusses angenommen, die Eingabe dem Rat zur Erregung zu übermitteln und bis zur nächsten stattfindenden Gewerbegerichtswahl 1910 zu erledigen. Nach der Rat der Stadt fand am 12. Juni eine öffentliche Sitzung des Reichsausschusses statt, in welcher die Eingabe dem Rat zur Erregung zu übermitteln und bis zur nächsten stattfindenden Gewerbegerichtswahl 1910 zu erledigen.

Weiter stellte der Ortsverband bei der Kgl. Kreis- hauptmannschaft Chemnitz am 13. Mai d. J. den Antrag, den ortsüblichen Tagelohn für die Stadt Chemnitz für jede Sozialklasse um 30 Pf. zu erhöhen. (Bis jetzt war der ortsübliche Tagelohn für männliche Arbeiter über 16 Jahre 2,50 Mk.) Veranlassung dazu gab uns die immer mehr steigende Teuerung der Lebensmittel, welche hoch wohl bezeugten Arbeiter am schwersten trifft, deren Einkommen nach dem ortsüblichen Tagelohn bemessen wird. Der einspartungsamtliche Tagelohn ist ein Schreiben der Kgl. Kreisoberamtsverwaltung zugestellt, in welchem mitgeteilt wird, daß unser Antrag bei einer event. Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne als Material Verwendung finden soll. Zu einer förmlichen Erhöhung kamte man sich jetzt nicht entschließen. Wir werden bald eintragen.

Die Preiskommission. Die Preis- und Lohnkommissionen der Maschinenbau- und Metallarbeiter bilden schon längere Zeit den Gegenstand öffentlicher Erörterungen. Im Reichstag waren die Verhältnisse schon mehrfach Gegenstand lebhafter Debatten. Eine bedeutsame Rundgebung auf diesem Gebiet fand am 28. Juni hier in Duisburg statt. Der Gewerbeverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter hatte eine Konferenz der Hütten- und Walzwerksarbeiter einberufen, um den direkt Beteiligten Gelegenheit zu geben, zu diesen Fragen selbst Stellung zu nehmen. 38 Vertreter aus den verschiedenen Bezirken nahmen an den Verhandlungen teil. Anwesend waren ferner als Vertreter des Hauptverbandes des Gewerbevereins der Generalsekretär Hartmann, Berlin, sowie eine Anzahl der in Rheinland- Westfalen tätigen Beamten des Gewerbevereins. Die Verhandlungen wurden geführt von dem Bezirksleiter Siegler-Old, welcher in seiner Eröffnungssprache auf die Wichtigkeit derartiger Konferenzen hinwies. Auch in anderen Sitzungsbeiträgen bringen die Arbeiter dieser Konferenz lebhaften Interesse entgegen, was aus der großen Zahl der Sympathieausdrücke aus Ober- und Niederrhein hervorgeht. Verhandelt wurde über die Frage der Verhältniswahl und der Wohlhabendlichen Verhältnisse der Arbeiter, wobei die Wohlfahrtliche Arbeiterzeitung referierte der Arbeiterzeitung Abbeleg- Duisburg, welcher bis vor kurzem im Hüttenbetriebe tätig war. In der Hand eingehendes Material wies der Redner die Unhaltbarkeit der jetzigen Verhältnisse nach. Arbeitszeiten von 14-15 Stunden gehören fast zur Regel. Eine bezahlte Arbeitsstunde nimmt die Gesundheit der Arbeiter. In den meisten Betrieben gehören regierliche Bauten zu unbestimmten Dingen. Hingegen kommt noch das Betrubenbenutzen, welches auf einigen Werken in hoher Blüte steht. Redner wies nach, daß auf einem Werk im Februar 1906 ein Arbeiter 504 Stunden gearbeitet hätte. 696 Stunden hatte Monat Februar war. Nur eine gefällige Befristung der Arbeitszeit konnte hier Wandel schaffen.

Der Referent zu der zweiten Frage, Gütevoll- Duldung. Die gegenwärtigen Verhältnisse, welche er in noch größerer Maß. Die gesetzlichen Bestimmungen über diese Verhältnisse stehen fast nur auf dem Papier. Die hohen Strafen und Unfallrisiken bekräftigen das. Ein eingehendes Zahlenmaterial ergänzte die Ausführungen des Redners. Wie es sich auf Werken, die nach außen hin viel von sich reden machen, aussticht, dürfte daraus hervorgehen, daß bei einer auf Veranlassung des Redners ausgeführten Revision auf der Friedrich-Alfred-Hütte der Gewerbeinspektor unter den Schichten eines Unterkunfts- und Speiseraumes der Rangierer ganze Mattenmesser und halbverweilte Mattenrollen fand. Die Arbeiter befinden sich vielfach in grauenhaften Umständen. Beschwerden der Arbeiter bieten erfolglos. In gradezu leichtfertiger und strafbarer Weise wird oft Leben und Gesundheit der Arbeiter aus Spiel gelockt. Während auf 100 Krankenkassenmitglieder kamen, betrug diese Zahl bei der Firma Strupp 70,71. Anstandslos dieser Zustand fordert der Referent eine weit schärfere Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen, weiteren Erfolg aus gesetzlichen Vorschriften. Verbot jeglicher Nachtarbeit aller jugendlichen Arbeiter bis zu 18 Jahren. Beschäftigung schwerer Strafen gegen die Unternehmer bei Verstößen gegen die Bestimmungen der Referenten in oft drastischer Weise ergab. Die Debatte schloß sich, daß die von den Referenten ergriffenen Maßnahmen sehr überall vorliegen. Interessant war die Bemerkung der Redner aus Rachen, daß sich dort die Verhältnisse sehr seit her von dem Gewerbeverein geführten Bewegung im vorigen Jahre wesentlich gebessert haben. Die Konferenz nahm bezüglich der Arbeitszeit und der gesundheitlichen Verhältnisse nachstehende Resolutionen an:

I. Die am 28. Juni in Duisburg tagende, vom Gewerbeverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter einberufene Hütten- und Walzwerksarbeiterkonferenz, welche von Arbeitern fast sämtlicher Hütten- und Walzwerkbetriebe Rheinlands und Westfalens besucht ist, erachtet es für dringend notwendig, daß, da bis jetzt trotz mehrerer gesetzlicher Bestimmungen über Verhältnisse, die eine gerechte Arbeitszeit vorsehen, nicht bestehen.

1. eine Verkürzung der Arbeitszeit für sämtliche Arbeiter auf 10 Stunden, für Arbeiter im Feuerbetriebe auf 8 Stunden durch gesetzliche Maßnahmen;
2. eine Einschränkung und Regelung des Überleitens der Arbeitszeit durch gesetzliche Bestimmungen, und daß
3. Sonntags- und Feiertagsarbeit nur in dem im § 106 e der Gewerbeordnung vorgesehenen Umfang gestattet werden darf.

II. Da die bestehenden Vorschriften und Beratungen betriffen Leben und Gesundheit der in den Hütten- und Walzwerkbetrieben beschäftigten Arbeiter zu mangelhaft sind, auf der anderen Seite aber nicht die nötige Beachtung finden, fordert die Konferenz durch gesetzliche Bestimmungen:

1. Eine durchgehende Verbesserung und Vervollständigung aller sanitären Einrichtungen durch:
 - a) Schaffung von Speise- und Antiebräumen;
 - b) die Einführung regelmäßiger Morgens-, Mittags- und Nachmittagspausen;
 - c) die Beschaffung geheizter und frischer Trinkwassers (Einführung von Erfrischungsräumen);
 - d) Beseitigung aller Mängel bezüglich Licht-, Luft- und Staubverhältnisse durch Anlage von Ventilatoren u.;
 - e) Anlage von beheizbaren Wafs- und Badetankanlagen;
 - f) Regelung der Wohnverhältnisse in städtischer und gesundheitlicher Beziehung.
2. Den weiteren Ausbau von Schutzvorrichtungen und bessere Beseitigung derselben durch den Arbeitgeber, insbesondere:
 - a) an Maschinen und Hochofenanlagen, um die hohe Zahl der Unfälle, die gerade durch Verbrechen und Fahrlässigkeit zutage treten, zu verringern;
 - b) eine höhere Befristung der Arbeitgeber der Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen;
 - c) durch Errichtung geeigneter Verbandshäusern innerhalb der einzelnen Betriebe.
3. Abschaffung jeglicher Nachtarbeit aller jugendlichen Arbeiter bis zum Alter von 18 Jahren.

III. Die Referate und Diskussionen der heute, am 28. Juni d. J., in Duisburg tagenden Konferenz der im Gewerbeverein der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter organisierten Hütten- und Walzwerksarbeiter und Rheinland-Westfalen haben erkennen lassen, daß die Gewerbeaufsicht in der heutigen Form nicht genügt, um die in der Großindustrie notwendigen Maßnahmen zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter sowie Beachtung der in der Gewerbeordnung festgelegten Vorschriften durchzuführen.

Die Konferenz erachtet es daher für eine absolute Notwendigkeit, daß auch Arbeiter von seitens des Staates zur Gewerbeaufsicht herangezogen werden, weil diese in der Lage sind, auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen den Gewerbeinspektoren die erforderliche Unterstützung bei der Durchführung der Gewerbeaufsicht zu gewähren.

Ueber die Wohlfahrtspflege sprach Jakob- Essen. Er beschäftigte sich vornehmlich mit der sogenannten Wohlfahrtspflege: den Pensionskassen und den Warenlieferungen. So, wie es jetzt ist, sind diese Einrichtungen nur Mittel, um die Arbeiter zu helfen. Die Bestimmungen der sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen verhalten sich nicht direkt gegen die guten Eiten. Einzelne Statuten gleichen bald einem Strafgesetzbuch. Der Arbeiter muß, „soll“, „hat“. Auf diesem Grundtönen stehen die Bestimmungen. Günstiger von Markt verliert der Arbeiter vielfach durch die Bestimmungen der Pensionskassen. Das Pensionsgesetz steht demgegenüber nur auf dem Papier. Dasselbe hat die Beiträge außer hoch, die Leistungen minimal. Auf dem Gebiete der Warenlieferungen besteht auch große Notwendigkeit. Auf die Diskussion über dieses Referat war eingehend. Beschlüsse wurde nachstehende Resolutionen:

Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Gewerbevereine für das Jahr 1906. Ausgabe.

Name des Gewerbevereins.	Zahl der Ortsvereine Ende 1906		Gesamteinnahme		Unterstützung bei						Bildungsförderung	Organe nebst Verbands	Agitation und Reisen	Insertion, Druck-sachen, Material, Arbeitsvermittlung	Ortsverbands- und Verbandssteuern	Verwaltungslofen der Haupt-fassen und der Ortsvereine	Angelegte Gelder pro 1906											
	Mitt-glie-ber	Orts-vereine	Gesamt-einnahme		Rechts-schutz-lofen		Arbeits-lose-zeit		Streiks und Aus-sper-rung								Reise- und Aus-gaben		Mitt-glie-ber	Orts-vereine	Mitt-glie-ber	Orts-vereine	Mitt-glie-ber	Orts-vereine				
			Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.							Mk.	Pf.										
Maschinen- u. Metallarbeiter	788	48199	808829	86	10686	14	78417	30	824790	99	44940	41	1)	62257	08	184016	26	12419	49	28182	06	121107	05	—	—			
Raufleute	221	18628	170101	28	1606	67	80097	90	—	—	1092	50	1847	02	17711	16	10060	46	26885	52	4987	68	29822	21	84614	—		
Handwerker u. Arbeiter	869	17188	104008	96	220	90	8446	28	52724	54	6922	20	4420	92	18729	04	5709	53	8921	66	6664	64	22806	78	—	—		
Fischer	166	6994	97856	64	1452	28	6859	—	25143	—	6070	01	1)	18829	40	8605	56	2958	40	2268	68	29186	22	—	—			
Textil- u. Textil- u. Arbeiter	91	6299	41591	59	220	75	1766	16	7865	16	1878	70	3661	80	3759	77	1690	90	2808	47	11088	47	—	—	—	—		
Schuhmacher u. Lederarbeiter	128	5800	56848	76	878	25	9001	64	10677	20	3774	60	872	39	6656	76	2854	72	1825	87	2879	94	10915	76	6840	—		
Schneider	96	4060	82082	62	896	81	1128	50	7801	38	8064	26	2649	05	8670	60	2079	01	2242	18	1977	26	7459	66	1827	90		
Bergarbeiter	66	2609	22920	85	60	—	240	45	—	—	157	40	780	71	8214	10	2703	76	968	01	1268	12	5819	66	7179	14		
Zigarren- u. Tabakarbeiter	41	1900	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Graphische Betriebe	69	1899	16600	70	160	10	2484	70	1111	10	546	88	1165	81	2401	19	528	40	1162	73	987	18	4185	49	1489	98		
Edelstein- u. Stigler	40	1774	8998	55	57	80	511	—	128	—	870	48	451	87	1629	50	228	59	652	62	815	89	1679	36	2056	64		
Bauhandwerker	48	1222	21700	12	187	76	222	20	11627	65	429	09	521	89	2112	—	787	25	884	02	588	04	3900	47	1496	95		
Frauen und Mädchen	86	792	8020	54	1	—	525	45	188	—	—	—	—	—	890	60	68	10	119	45	402	21	1857	76	120	—		
Bildhauer	17	451	5044	39	66	85	109	1	617	50	328	49	200	80	498	02	98	80	111	51	204	66	693	42	797	59		
Schiffstimmerer	8	251	1815	62	5	—	78	51	92	—	—	—	—	—	89	08	98	25	152	84	128	86	836	50	—	—		
Kombiloren	18	298	2415	98	8	—	288	25	—	—	220	65	112	30	587	65	184	19	1114	08	128	18	484	95	—	—		
D.-B. der Brauer Berlin	1	445	9619	94	85	60	896	—	—	—	127	40	—	—	2549	91	—	—	278	75	140	80	886	09	458	75		
Hamburg	1	188	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Stettin	1	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Rehner Berlin	1	84	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Reepschläger	1	47	176	98	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Summe	2146	118508	1404072	28	15988	81	186148	24	442261	47	70481	88	14550	59	184521	—	171704	18	56652	02	50665	81	250014	42	59864	90	—	—

1) Nicht aus den Ortsvereinstatistik gezählt. 2) Dazu 78,75 auf der Statistik der Ortsvereine. 3) Der Gewerbeverein der Zigarren- und Tabakarbeiter hat seinen Bericht noch nicht eingereicht.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 28. Juni 1907.

Westen Abend hielt der Zentralrat in seiner alten Versammlung die letzte Sitzung ab. Dies Ereignis wurde in besonderer Weise begangen. Nach einigen Mittellungen aus dem Bureau berichtete Kollege Hartmann über den Delegiertenkongress der Köpfer, dessen Beschlüsse den Gewerbeverein, der jetzt einen Beamten bekommt, gewiß rascher vorwärts bringen werden.

Sodann gab Kollege Goldschmidt einen Rückblick auf die ersten Zentralratsitzungen im Jahre 1889 und in gedrängter Kürze auch auf die Entwicklung unserer Bewegung überhaupt, um dann einen Ausblick zu halten auf die kommende Entwicklung. Mit einem Hoch auf den Verband der Deutschen Gewerbevereine, in das der Zentralrat lebhaft einstimmt, schloß die Ansprache.

Der Vorsitzende, Kollege Hartmann, dankte dem Zentralrat für die treu geleistete Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Zentralrat, der schon am nächsten Donnerstag konstituiert werden soll, recht erfolgreich sein möge in der Durchführung der Verbandstagbeschlüsse und in der weiteren Ausbreitung der Gewerbevereine.

Nach dem offiziellen Teil folgte ein gemüthliches Beisammensein, das zwei Freunde durch schöne instrumentale und unser Gesangsverein durch stimmungs- volle vokale Vorträge zu wirren wußten.

Von einer „Schwenkung“ der Dirsch-Dunderschen Gewerbevereine faßelt die Ruhrorter, Weidenicher und Gomborner Volkszeitung, ein Zentrumblatt, auf das die Kritik des „Blattens“, Nr. 49 des „Gewerbevereins“, in allen Teilen zutrifft. Die Gewerbevereine sollen ihre Neutralität nun „demaskieren“ haben. Von unserem Verbandstage wird als von einem „Parteitage“ gesprochen. Durch die Benutzung auf das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften wird die Sache auch nicht besser. Diese Art von Zentrumspresse erzählt tagtäglich Schauer- und Entsetzensgeschichten vom Liberalismus. Um dann die Gewerbevereine als den Verbund alles Schlechten hinstellen zu können, erzählt man auswendig, daß die Gewerbevereine ihre Neutralität aufgegeben hätten, um in das liberale Lager abzuschwenken. Ueber unsere Stellung zu den politischen Parteien haben wir noch vor 8 Tagen eine Erklärung abgegeben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Diese Erklärung stimmt vollkommen überein mit den Beschlüssen des Verbandstages. Jeder Gewerbevereiner soll sich politisch betätigen. Die Organisation selbst aber bleibt noch wie vor vollkommen selbständig und unabhängig.

Der Humor bei der ganzen Geschichte liegt übrigens darin, daß man sich bemüht, die christlichen Gewerkschaften als die einzig „neutrale“ Organisation hinzustellen. Besonders komisch berührt es, wenn so etwas in einem westdeutschen Zentrum- oder christlichen Gewerkschaftsblatt gesagt wird. Wer sich der letzten Reichstagswahlen erinnert, muß darüber herzlich lachen.

In Heidelberg hat sich letzter Tage ein Nationalverein für das liberale Deutschland gebildet. Der Titel klingt gut, sein Inhalt ist aber

leider wenig wahr. Ein liberales Deutschland gibt es noch nicht. Mehrere Gewerbevereine nahmen an den Verhandlungen teil. Kollege Erkelenz vertrat in einer wirksamen Rede eine Reihe von Thesen zu den Arbeiterfragen. Die Verammlung spendete dem Redner zwar lebhaften Beifall, hat seiner These aber nicht nur eine herzlich wenig sogegebene Erklärung an, nach welcher der Nationalverein der Ueberzeugung ist, daß die führende Wirkung an der Lösung der Arbeiterfrage eine Hauptaufgabe des Liberalismus ist, und erwartet, daß der Nationalverein in der Arbeiterfrage ein wesentliches Feld seiner Betätigung erblickt.

Selbst in den Hauptreferaten und mehr noch in der Debatte gingen die Meinungen weit auseinander. Ob es einmal gelingt, aus dem gärenden Most klaren Wein zu machen, muß abgewartet werden. Mit einem Liberalismus, der sich nicht getraut, die Arbeiterfrage herauf zu tun, ist in der Arbeiter-schaft wenig Sympathie zu erwarten.

Eine auffällige Entscheidung hat das Gewerbe- gericht zu Krefeld getroffen. Es hat anerkannt, daß die Zugehörigkeit zu einer Organisation Grund zur sofortigen Kündigungslösung Entlassung sein kann. Das „L.“ berichtet darüber: „Der Causant hatte vor dem Gewerbegericht auf eine vierzehntägige Lohnent-schädigung, der Beklagte beantragte Abweisung der Klage, da er vor der Einsetzung des Steinbrücker ausdrücklich gefragt habe, ob er einem Gewerbeverein angehören und derselbe sich auch verpflichtet habe, einem solchen Verein nicht beizutreten. Der Kläger wies dagegen ein, daß er zur Zeit seines Eintritts in das Geschäft nicht Gewerkschaftsmitglied gewesen sei, er sei erst später dem Sineseler Bund beizutreten, über-dies habe die Verpflichtung keine bindende Kraft haben können, denn sie stelle eine unzulässige Beschränkung des Koalitionsrechts dar. Das Krefelder Gewerbe- gericht hat in dem mit dem Prinzipal ausgemachten Vorbehalte in dessen weder eine unfaßtliche Beschränkung des Koalitionsrechts, noch auch einen Ver-trag gegen die guten Sitten im Sinne von § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuches erblickt können, denn der Kläger sei in seinen wirtschaftlichen Interessen in keiner Weise geschädigt worden. Der Kläger sei die Verpflichtung freiwillig eingegangen, sich nicht zu organisieren, als er es dennoch getan habe, hätte er gemäß § 325 des Bürgerlichen Gesetzbuches von dem Vertrage zurücktreten müssen. Aus allen diesen Gründen wurde der Kläger mit seinem Kündigungs-ansprüche abgewiesen.“

Neues Jagdblatt für die Gewerbevereine. Die „Mitteldeutsche Volkszeitung“, die für Schleien bereits als „Schleifische Arbeiterzeitung“ erscheint, wird vom 1. Juli auch als „Schleifische Gewerbevereins-zeitung“ täglich erscheinen. Die „Wesf. Arbeiterpost“ erscheint neuerdings auch als „Wesf. Rundschau, Wochenblatt für soziale Politik und nationale Kultur.“ Wir wünschen dem neuen Unternehmen einen guten Erfolg im Kampfe für unsere Bestrebungen und für die Ausbreitung unserer Organisation.

Arbeiterbewegung. Auf den Marmorwerken der Firma F. Junck in Kürnbach sind sämtliche Arbeiter, Steinhauer, Schieferer und Hilfsarbeiter, wegen

Differenzen in den Aufsicht getreten. Sie sind bis auf einen arbeitswilligen Unorganisierten Mitglieder unseres Gewerbevereins der Bauhandwerker oder des deutschen Steinarbeiterverbandes. — In Erfurt befinden sich wegen Lohnminderungen die Stukkateure im Streik. — Die Lohnbewegung der Berliner Korbmacher der Grünbranche hat mit einem Erfolg für die Arbeiter geendet. Die Arbeitgeber haben durchweg eine 25prozentige Lohnerhöhung bewilligt.

Eine von rund 600 Eisenbahnarbeitern aller Dienststufen besuchte Versammlung in Birmingham hat beschlossen, die Forderungen der Arbeiter den Eisenbahngesellschaften nochmals zur Kenntnis zu bringen. Sollte dieser Schritt keinen Erfolg haben, dann sollen diejenigen Wagenwagen getroffen werden, welche die jeweiligen Umstände als notwendig erscheinen lassen. — Die etwa 7 Wochen währende Ausperrung der Zigarrenmacher zu Eindhoven (Holland), an der etwa 3000 Arbeiter und Arbeits-sinnen beteiligt waren, ist jetzt aufgehoben worden, nachdem in einigen Fabriken die Löhne eine kleine Erhöhung, in anderen dagegen sogar eine Herab-setzung erfahren haben. — In drei großen Wol-lenwarenfabriken in Brunn sind Differenzen ausgebrochen, so daß über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen sich genötigt sahen, in den Streik zu treten.

In der „Allgemeinen Rundschau“ in München beschäftigt sich Willi Draßpogel mit dem goldenen Gewerkschaften. Die Schuld an dem Entstehen dieser Organisationen, die nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die der Unternehmer wahren wollen, wird ganz mit Recht der Sozialdemokratie zur Last gelegt. Das haben wir früher auch schon eingehend darge-stellt. In der genannten Münchener Zeitschrift stellt der Verfasser die Frage, wer die Schuld trage, an dem unnatürlichen Zustande, durch den der Fortschritt der Arbeiterklasse gehemmt werde.

Nur allein die sozialdemokratischen Gewerkschaften! Einmal ist es der Organisationsmangel dieser Gewerkschaften, die Ueberspannung der Streik-bewegung, und das andere Mal ist es das gewalt-same Unterdrücken jeder anderen Meinung und die Diktatur des sozialdemokratischen Organi-sationen.

Solange die Arbeiter, wie jetzt in Berlin, Streiks im Interesse der Sozialdemokratie inszenieren werden, werden die bürgerlich-führenden Unternehmer sich dagegen wehren und mit Recht. Wenn aber die Arbeiter-schaft die sozialdemokratischen Partei in der Tasche abgelegt haben wird, dann wird auch das Unternehmertum in dem Bewußtsein, daß die Arbeiter aus sachlichen, nicht aus parteipolitischen Gründen ihnen mit ihren Forderungen kommen, diese Forderungen mehr berücksichtigen als jetzt. Dann aber wird der Streik und die Ausperrung nicht wie heute das allmächtige Kampfmittel, sondern nur die ultima ratio sein, die in Anwendung kommen wird.

Bei einem vom Haus getrockneten Streik wird die Schädigung, die die Arbeiter der Industrie auferlegen, die ihnen Arbeit und Brot gibt, also unmaß-proportional sein: je sie wird zu einer Benachteiligung der Interessen der Arbeiter führen. In die Größe, welche die sozialdemokratischen Vertreter der Arbeiter den Unternehmern zu geben gesehen, fallen die irregeleiteten Arbeiter selbst hinein! Die Folge ist dann Streik und Verschüttung in dem Keilen der Arbeiter und in den Keilen der Arbeitgeber. Ein gerechter Streik schloß in jedem Falle, wie er auch ausgehen mag, eine Befreiung der Verhältnisse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Ein ungerechter